absehbar wird, daß das Mengenziel in der fraglichen Zeit nicht erreicht wird,

– und schließlich sollte sich der Staat durch eine solche freiwillige Selbstverpflichtung einzelner Akteure nicht jene Handlungsmöglichkeiten abhandeln lassen, die andere Akteure tangieren.

Auf die Dauer kann auch eine freiwillige Selbstverpflichtung eine staatlich gesetzte Veränderung der Rahmenbedingungen nicht ersetzen. Diese könnte aber an Mehrheitsfähigkeit und Akzeptanz gewinnen, wenn unter dem Regime einer freiwilligen Selbstverpflichtung und anderer Kooperationsmechanismen ein gutes Stück des Weges zu einem ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft zurückgelegt worden ist und dementsprechend die Anpassungskosten an einen über die Veränderung der Rahmenbedingungen induzierten ökologischen Strukturwandel sinken.

Jens Clausen, Stefan Zundel
Hannover, Berlin

Neuerscheinung

- DP 34/95 Christoph Kühleis:
Ökologieverträgliche Zukunft der Arbeit?

Das Diskussionspapier beinhaltet einen Literatureinblick zur überwiegend sozialwissenschaftlich geführten Auseinandersetzung um eine ökologieverträgliche Zukunft der Arbeit. Der Beitrag skizziert zum einen die typischen Argumentationsmuster der aktuellen Diskussion und beschreibt die unterschiedlichen Ausgangspunkte, von denen sich die oft voneinander isolierten Debattenstränge dem Thema nähern. Insofern kann er auch zur thematischen Einführung dienen. Zum anderen zeigt er, die zum Teil noch sehr zarten Verbindungslinien zwischen der Kontroverse um die Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft und den Bestrebungen um eine Konkretisierung

einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auf. Damit versucht der Beitrag einen Zusammenhang zu umreißen, der bislang eher marginal und wenig systematisch behandelt wurde, dem gleichwohl beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eine wichtige Bedeutung zukommt (vgl. auch den Beitrag von Rainer Lucas im letzten Informationsdienst 1/95, S. 5/6).

Ausgehend von der aktuellen Diskussion wird deren historische Entwicklung kurz nachgezeichnet. Anschließend wird die Rolle des informellen Sektors bzw. die Bedeutung der unbezahlten Arbeit in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit behandelt. Hierauf folgt die Darstellung der Auseinandersetzung um die Zukunft der Erwerbsarbeit und ihrer ökologischen Anknüpfungspunkte. Darüber hinaus werden einige konkrete Reformvorschläge für den Weg zu einem ökologischen Wohlstandsmodell aufgegriffen.

Instrumente des produktbezogenen Umweltschutzes – Das Beispiel Gerätebatterien

Das Heidelberger Regionalbüro des IÖW führt ein Projekt mit dem Titel »Produktpolitik zur Unterstützung der Umweltpolitik« durch. Nach der Bestandsaufnahme produktpolitischer Instrumente in den Mitgliedstaaten der EU (vgl. Oosterhuis et. al. 1994) wurden im Rahmen dieser Studie, die von der EG Kommission finanziell unterstützt wird, ausgewählte Fallstudien erarbeitet (1). Neben den Instrumenten »Umweltzeichen« und »öffentliches Beschaffungswesen« wurden die auf die Produktgruppen »Farben und Lacke« und »Batterien« angewendeten Politiken näher untersucht. Die Fallbeispiele sind nach einem einheitlichen Muster strukturiert: Auf die Beschreibung der Umweltproblematik bzw. des Politikkontextes folgt eine detaillierte Evaluierung anhand bestimmter Kriterien. Anhand der Erfahrungen aus den Fallstudien werden in einer letzten Projektphase Optimierungsstrategien für den produktbezogenen Umweltschutz entwickelt. Das Projekt wird im Sommer 1995 abgeschlossen. Dieser Artikel widmet sich den Ergebnissen der Fallstudie »Gerätebatterien«.

Die wesentliche Umweltproblematik, die in der Regel mit Batterien verbunden wird, ist die Entsorgung der verbrauchten Zellen. Teilweise beträchtliche Anteile von Schwermetallen in den kleinen »Giftzwerge« – namentlich Quecksilber und Cadmium – machen die Deponierung bzw. Verbrennung zu einem aus ökologischer Sicht erheblichen Tatbestand (vgl. z.B. Baumann/Muth 1993). Die Problematik leitet sich aus der fast universellen Anwendbarkeit von Batterien ab. Allein in Deutschland werden jährlich an die 800 Millionen Batterien verkauft. Doch diese spezifische Umweltrelevanz, die vor allem die Entsorgungsphase des Produktlebens einer Batterie im Auge hat, vernachlässigt die allgemeine Umweltrelevanz, die sich am besten durch die Energiebilanz charakterisieren läßt: Der für die Herstellung einer Batterie nötige Energieinput übersteigt den Energieoutput über die gesamte Nutzungsdauer um das Fünzigfache (Warmer Bulletin 35/92). Das verdeutlicht zum einen, daß eine systematischere Erfassung der Umweltrelevanz von Batterien im Sinne einer

Produktökobilanz angezeigt ist – dies ist bisher noch nicht geschehen. Zum anderen wird offensichtlich, daß Maßnahmen des produktbezogenen Umweltschutzes größere Optimierungspotentiale erschließen, wenn sie den gesamten Lebenszyklus einer Batterie mit in Betracht ziehen.

Wählen wir als Beispiel den Einsatz von Batterien in Uhren, so ist zunächst nach der Funktion zu fragen: Diese ist »Uhrzeit anzeigen«. Hieran kann gezeigt werden, daß nicht nur die Orientierung am Lebenszyklus ökologische Optimierungspotentiale offenlegt, sondern ebenso eine konsequenter Funktionsorientierung (Leinkauff/Zundel 1994). Die Uhrzeit kann von einer Sonnenuhr, einer mechanischen oder einer elektrischen Armbanduhr angezeigt werden (2). Die elektrische Armbanduhr kann wiederum per Solarzellen oder per Batterie betrieben werden. Wird die Batterie gewählt, so bleiben die Alternativen wiederaufladbare versus nicht-wiederaufladbare Batterie. Es ist offensichtlich, daß

mit den je unterschiedlichen Problemlösungen unterschiedliche Umweltbelastungspotentiale verbunden sind und daß sich umweltpolitische Gestaltungsspielräume mit jeder Wahl einer bestimmten Problemlösung verringern.

Umweltpolitik, Ziele und Instrumente

Gerätebatterien sind bereits seit einigen Jahren Gegenstand umweltpolitischer Maßnahmen, in Deutschland seit etwa Ende der siebziger Jahre. Das Abfallgesetz von 1986 gab der staatlichen Umweltpolitik die Möglichkeit an die Hand, für bestimmte Produkte und Substanzen Rücknahmepflichten einzuführen (Art. 14). Zwei Jahre später folgte die freiwillige Selbstverpflichtung von Batterieanbietern und Händlern, die gebrauchten Zellen freiwillig zurückzunehmen und für die umweltgerechte Entsorgung aufzukommen. Zudem verpflichtete sich die Herstellerseite, den Quecksilbergehalt insbesondere bei Alkali-Mangan Batterien beträchtlich zu reduzieren.

Nachdem die EG 1991 eine »Richtlinie über Batterien und Akkumulatoren, die gefährliche Substanzen enthalten«, verabschiedete, die neben Produkt- und Kennzeichnungsstandards die Sammlung und separate Entsorgung vorsieht, hat man sich in Deutschland auf Basis von Art. 14 des Abfallgesetzes um eine entsprechende Umsetzung bemüht. Der letzte veröffentlichte Verordnungsentwurf stammt aus dem Jahre 1992 und enthält eine gesetzliche Rücknahmepflicht für alle Batteriesysteme. Bis heute ist der Entwurf allerdings noch nicht verabschiedet. Aufgrund einer geänderten Rechtsbasis – 1996 tritt das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in Kraft – ist die Umsetzungsfrist für die EG Richtlinie nun bereits um fast anderthalb Jahre überschritten.

Das produktpolitische Instrumentarium, das bei Batterien zum Einsatz kommt, ist breit gefächert: Neben der nach wie vor bestehenden Selbstverpflichtung von Industrie und Handel gibt es den »Umweltengel«, nämlich für Lithium- und Zink-Luft Batterien und für solarbetriebene Taschenrechner und mechanische Armbanduhren, Hinweise auf umweltgerechte Verwendung und Entsorgung von Batterien erscheinen im Rahmen von Testberichten der Stiftung Warentest oder »Ökotest«, die Aufklärungs- und Beratungsrbeit von Umweltverbänden und Verbraucherzentralen gibt entsprechende Ratschläge und das Umweltbundesamt hat ein Handbuch »Umweltfreundliche Beschaffung« herausgegeben, das auch ein Kapitel zum Thema Batterien aufweist.

Diese produktpolitischen Anstrengungen können drei Strategien beim Umgang mit umweltbelastenden Produkten zugeordnet werden (3):

- *Strategie I*

Reduzierung des allgemeinen Produktdurchlaufs durch eine Volkswirtschaft:

Das bedeutet im Falle von Batterien eine Verringerung der verbrauchten Batteriemenge entweder durch Substitution nicht-wiederaufladbarer per wiederaufladbare Batterien oder durch Verzicht auf Gebrauch von Batterien in bestimmten Anwendungsbereichen.

- *Strategie II*

Entwicklung umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren:

In unserem Falle heißt das Senkung des Schwermetallgehalts durch entsprechende konstruktionstechnische Umgestaltung bzw. Substitution des umweltbelastenden Inhaltsstoffes, z. B. Cadmium durch Metallhydrid. Im Regelfall hat letzteres die Substitution eines Produktes durch eine umweltfreundlichere Alternative zur Folge, z. B. Substitution einer Quecksilberoxid Knopfzelle durch eine Zink-Luft Zelle.

- *Strategie III*

Effektiverer Umgang mit Produkten während der Gebrauchs- und Entsorgungsphase:

Auf Batterien angewendet heißt das getrennte Sammlung und separate Entsorgung entweder durch Recycling oder Sondermüll-Deponierung.

Die erste Strategie – Reduzierung des Produktdurchlaufs – hat nur begrenzt offiziellen Charakter. Häufig sind es Verbraucher- und Umweltverbände, die den Gebrauch von Batterien in gewissen Anwendungsbereichen grundsätzlich in Frage stellen, z. B. bei »singenden« Glückwunschkarten. Es gibt aber auch Hinweise in der »offiziellen« deutschen Umweltpolitik, und damit ist sie nach unseren Recherchen die einzige innerhalb Europas, daß sie das Ziel einer Verringerung des Gesamtverbrauchs von Batterien zumindest indirekt anstrebt: Seit 1987 gibt es nämlich das Umweltzeichen für Solarzellen betriebene Taschenrechner und mechanische Armbanduhren.

Bewertung der eingesetzten Instrumente

Die Evaluation der verwendeten Instrumente orientiert sich im wesentlichen an vier Kriterien: ökologische Effektivität, ökonomische Effizienz, Akzeptanz und Flexibilität.

Gemessen an den drei oben genannten Strategien ist die *ökologische Effektivität* der Maßnahmen äußerst begrenzt. Eine Reduzierung der Verbrauchsmenge an Batterien wurde nicht erreicht. Die immensen Wachstumsraten bei wiederaufladbaren Nickel-Cadmium Akkumulatoren sind weniger auf zunehmende Substitutionsprozesse zurückzuführen als vielmehr auf eine beträchtliche Ausweitung des Anwendungsbereiches dieser Batterien. Allerdings muß man einräumen, daß die Strategie »Reduzierung des Produktdurchlaufs« nur mit sehr geringem Instrumenteneinsatz verfolgt wird, weil sie im Rahmen »offizieller« Politik nur von peripherer Bedeutung ist.

Die Verringerung des Anteils bzw. teilweise Eliminierung von Quecksilber hingegen ist weitestgehend gelungen. Inwieweit dafür allerdings die Antizipation produktpolitischer Instrumente (Verordnungsentwurf), oder »natürliche« Innovationszyklen, die durchaus das gestiegene Umweltbewußtsein der Verbraucher mit berücksichtigen können, verantwortlich zu machen sind, kann nicht eindeutig entschieden werden. Der Innovationsanreiz, der vom Umweltzeichen ausgeht, ist nach Auskunft befragter Hersteller auf jeden Fall gering einzuschätzen.

Die getrennte Sammlung und Wiederaufarbeitung verbrauchter Batterien ist bisher ungenügend: Rücklaufquoten liegen in der Regel bei weit unter 50 %. Ein Wert, der auch in anderen europäischen Ländern kaum überschritten wird. Zudem wird der Großteil der gesammelten Batterien nicht recycelt, sondern auf Sondermülldeponien gelagert. Insbesondere informationsorientierte Instrumente haben hier versagt (z. B. verwirrende oder kaum zu erkennende Kennzeichnungen), der Informationsstand von Verbrauchern und Händlern ist im Durchschnitt sehr niedrig. Zudem scheint der Anreiz zur Rückgabe häufig zu gering zu sein im Vergleich zu dem damit verbundenen Aufwand.

Die Frage der *ökonomischen Effizienz*, also die Frage, mit welchem finanziellen Aufwand die formulierten Ziele erreicht werden, ist weitaus schwieriger zu beantworten. Eine Operationalisierung dieses Kriteriums war kaum möglich, da die Zahlenbasis unzureichend war. Die mit der Sammlung und Rezyklierung verbrauchter Batterien verbundene Infrastruktur – von Sammelcontainern bis hin zu Recycling-Anlagen – erzeugt beträchtliche Kosten, die bei abnehmender Auslastung aufgrund geringer Rücklaufquoten relativ höher zu Buche schlagen. Die Effizienz dieses Prozesses ist also wahrscheinlich eher gering, die relative Effizienz einzelner Instrumente aber nach wie vor nicht zu beurteilen.

Eine Befragung involvierter Akteure (Hersteller, Händler, Umweltbundesamt, Bundesumweltmi-

nisterium, Bundeswirtschaftsministerium, Umwelt- und Verbraucherverbände) hat deutlich gemacht, daß weiche Informationsinstrumente wie bspw. Kennzeichnungen oder Umweltzeichen im Durchschnitt eine ausgesprochen hohe *Akzeptanz* genießen. Die Industrie steht Warentests und Verbraucherzentralen allerdings eher skeptisch gegenüber, während Umwelt- und Verbraucherorganisationen die Selbstverpflichtung kritisieren. Stattdessen bevorzugen sie direkt regulative Instrumente (Verbote, Rücknahmeobligationen), die wiederum von Handel und Batterieindustrie abgelehnt werden.

Das deutsche Umweltzeichen hat sich im Falle von Batterien als nicht sehr *flexibel* erwiesen. Die Berücksichtigung des technischen Fortschritts, beispielsweise die Auszeichnung der Cadmium-freien Nickel-Hydrid Batterie, vollzieht sich noch mit einem zu großen time-lag.

Zwischenfazit

Die Untersuchung hat zum einen gezeigt, daß im Falle von Gerätebatterien aufgrund einer fast ausschließlichen Konzentration auf die Entsorgungsproblematik umweltrelevante Optimierungspotentiale nicht genutzt werden, die mit einer Fokussierung umweltpolitischer Maßnahmen auf frühere Stufen des Produktlebenszyklus verbunden wären. Zum anderen hat sie deutlich gemacht, daß selbstorganisierte »Multi-Akteurs-Ansätze«, wie die Selbstverpflichtung von Industrie und Handel über die freiwillige Rücknahme alter Batterien, eine beschränkte Effektivität aufweisen, und zwar aus folgenden Gründen: Die mit dem Funktionieren solcher Instrumente verbundenen Transaktionskosten (hinreichende Information aller Beteiligten, dezentrale Sammlungs- und Aufbereitungsinfrastruktur) sind in der Regel nicht zu vernachlässigen. Darüber hinaus scheint selbst ein differenziertes Rücklaufsystem keine Garantie dafür geben zu können, daß angemessene Rücklaufquoten auch realisiert werden, wenn es an einem ausreichenden Rückgabeanreiz mangelt.

Anforderungen an optimierte Produktpolitik

Für die produktbezogene Umweltpolitik ergibt sich nach unserer Untersuchung folgendes Problem: Auf freiwillige Lösungen privatwirtschaftlicher Akteure zu setzen hat den Vorteil, daß die Akzeptanz vergleichsweise hoch ausfallen dürfte, zumindest auf Seiten der direkt Involvierten, und daß die ergriffenen Maßnahmen auf kostengünstigstem Wege erreicht würden, weil das im Eigeninteresse der »Anwender« des Instruments liegt. Eine »Akzeptanzerhöhungsfunktion« (Gawel 1992, S. 277) und ebenso Effizienzerhöhungsfunktion (vgl. Enquete-Kommission 1994, S. 681) erfüllen solche Ansätze also in der Regel schon. Allerdings muß eine Erhöhung der ökologischen Effektivität bezweifelt werden. Zumindest, wenn staatliche Rahmensetzung relativ lax ausfällt, wie dies bei der frei-

willigen Rücknahme von Batterien in Deutschland der Fall ist. In den Niederlanden zum Beispiel hat man einer ähnlichen Selbstverpflichtung zur Auflage gemacht, daß sie in den nächsten Jahren bestimmte, festgelegte Rücklaufquoten erreichen muß, andernfalls wird mit der Einführung traditioneller »command and control« Politik gedroht (4).

Auf das Beispiel Batterien bezogen scheint die Zeit für eine »Vergesellschaftung der Umweltpolitik« im obigen Sinne selbstorganisierter nicht-staatlicher Multi-Akteurs-Ansätze noch nicht reif zu sein. Vielmehr sollte das bestehende Instrumentarium der produktbezogenen Umweltpolitik weiter ausgeschöpft werden. Insbesondere die Rolle ökonomischer Instrumente ist neu zu überdenken. Die immer wieder von Seiten der Verbraucher- und Umweltverbände in Deutschland artikulierte Forderung nach der Einführung eines Pfandsystems scheint die einzige Möglichkeit zu sein, hinreichend hohe Rücklaufquoten verbrauchter Batterien zu erreichen. Darüber hinaus sollte die Eignung von Inputsteuern auf bestimmte Substanzen, z. B. Quecksilber, oder von »Ökosteuern« zum Ausgleich der Preisdifferenziale zwischen umweltverträglicheren Batterien und ihren Substituten geprüft werden. Selbst die etwas kurios anmutende Idee handelbarer Cadmium-Zertifikate (Stiftung Arbeit und Umwelt, o. J., S. 36) sollte hierbei berücksichtigt werden.

Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, daß vor allem im Falle von Batterien, deren

Benutzung üblicherweise mit dem Gebrauch komplementärer Güter (z. B. Walkman, Akkuschauber, Rasierapparat, Taschenlampe) zusammenfällt, eine zunehmende Funktions- und Lebenszyklusorientierung der Umweltpolitik oft von Vorteil sein kann. Das heißt nicht, daß eine Kerze in jedem Fall einer Taschenlampe vorzuziehen sei. Es heißt allerdings schon, daß bei funktionsäquivalenten Substituten – Akkuschauber versus Handschraubenzieher – die batteriefreie Alternative im Regelfall die umweltverträglichere ist.

Gerd Scholl, Heidelberg

Anmerkungen

(1) Die Studien »Eco-label« von Frieder Rubik und »Batteries« von Gerd Scholl werden in der IÖW Schriftenreihe aufgelegt.

(2) Von der Tatsache, daß Armbanduhren im Gegensatz zur Sonnenuhr noch die Funktion Mobilität erfüllen wird der Einfachheit halber an dieser Stelle abstrahiert.

(3) Näheres hierzu findet sich im Endbericht, der im Sommer '95 veröffentlicht wird.

(4) Etwas allgemeiner werden dänische und niederländische Erfahrungen mit freiwilligen Vereinbarungen im Bereich Umweltpolitik diskutiert in European Environment, Vol. 4 Part 4, August 1994.

Umweltpolitik mit hoheitlichen Zwangsabgaben?

- Klaus Mackscheidt, Dieter Ewringmann, Erik Gawel (Hg.): Umweltpolitik mit hoheitlichen Zwangsabgaben? Karl-Heinrich Hansmeyer zur Vollendung seines 65. Lebensjahres. Dunker & Humblot, Berlin. 1994. 360 S., DM 128,-

Der vorliegende Band geht auf ein Symposium zum Thema »Umweltpolitik mit hoheitlichen Zwangsabgaben« an der Universität zu Köln zurück. Mackscheidt nennt im Vorwort zwei Motive, die zur Veranstaltung dieses Symposiums und damit letztlich auch zu dieser Festschrift geführt haben: Zum einen sollte das wissenschaftliche Werk von Karl-Heinrich Hansmeyer gewürdigt werden, das in hohem Maße mit »Abgaben als umweltpolitischem Instrument« verbunden ist. Zum anderen war nach Einschätzung der Veranstalter die Zeit reif, sich mit den Grenzen und Möglichkeiten ökologischer Steuerpolitik zu beschäftigen. Es sollte der Dynamik, die sich infolge der Ökosteuerdiskussion der 80er Jahre ergeben hatte, Rechnung getragen und der daraus resultierenden Herausforderung für Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler entsprochen werden.

Bevor auf einzelne Beiträge des Bandes – im-

merhin 23 an der Zahl – näher eingegangen wird, soll zunächst ein Überblick gegeben werden: Das erste Kapitel trägt den Titel *Grundlagen und Perspektiven* und enthält u. a. eine »Kritische Würdigung des umweltökonomischen Instrumentenansatzes« (Ulrich van Suntum) sowie den Beitrag »Abgabelösungen – Schritte zu einem neuen Konzept staatlicher Steuerung« (Dietrich Fürst). Das zweite Kapitel *Umweltabgaben im Steuer- und Abgabensystem* versammelt Beiträge, die Umweltabgaben in Beziehung zu allgemeinen finanzwissenschaftlichen Themen der Einnahme- oder Steuerlehre setzen. So z. B. »Umweltabgaben – Renaissance der Fondswirtschaft« (Klaus Tiepelmann), »Ökosteuern und Umweltabgaben – Versuch einer Systematisierung« (Wolfgang Ströbele) und »Anknüpfungspunkte für Ökosteuern und Umweltabgaben im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf« von Heinz D. Hessler.

Kapitel drei fokussiert auf *Institutionelle und rechtliche Aspekte von Umweltabgaben* u. a. mit Beiträgen von Michael Kloepfer »Grundrechtsfragen der Umweltabgabe«, Erik Gawel »Vollzug von Umweltabgaben in Theorie und Praxis« und Manfred Kops »Umweltabgaben im Föderalismus«. Die Diskussion um *Abgaben*

Literatur

- Baumann, Werner, Muth, Anneliese (1993): Abfallverhalten neuartiger Batteriesysteme. Berlin: Texte 36/93 des Umweltbundesamtes
- Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages (Hg.) (1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn: Economica
- Gawel, Erik (1992): Die mischinstrumentelle Strategie in der Umweltpolitik. Ökonomische Überlegungen zu einem neuen Politikmuster. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 43 (1992), S. 267-286
- Leinkauf, Simone, Zundel, Stefan: Funktionsorientierung und Ökoleasing – Strategien und Instrumente einer proaktiven Umweltpolitik. IÖW-SR 79/94. Berlin
- Oosterhuis, F., Petschow, U., Rubik, F., Scheppingen, Y. v., Scholl, G. (1994): Inventory of product policy instruments: Method, overview and conclusions. IÖW-SR 72/94, Berlin
- Stiftung Arbeit und Umwelt (Hrsg.) (o. J.): Verbesserte Informations- und Entscheidungsprozesse und marktorientierte Instrumente in der Stoffpolitik.
- Warmer Bulletin, Fachzeitschrift der World Resource Foundation 35/92

und andere Instrumente wird im vierten Kapitel aufgenommen, in dem z. B. Holger Bonus einen »Vergleich von Abgaben und Zertifikaten« vornimmt und Guy Kirsch der Frage »Umweltmoral – Ein Ersatz für staatliche Umweltpolitik?« nachgeht. Abgeschlossen wird der Band schließlich mit dem Kapitel *Ausgestaltung und Wirkung spezieller Umweltabgaben*. Hier nimmt Paul Klemmer für »CO₂-Abgaben – eine kritische Bestandsaufnahme aus empirischer Sicht« vor, Volkmar J. Hartje behandelt die »Naturschutzabgaben. Eine ökonomische Bewertung ihres Einsatzes nach dem Bundesnaturschutzgesetz« und Alfred Endres und Karin Holm-Müller führen »Die ökonomische Bewertung einer Abfallabgabe unter besonderer Berücksichtigung des Vermeidungs- und Wertungsgebotes« durch. Dieses umfassende Spektrum macht den Band durchaus zu einer Art »Handbuch« für die umweltökonomische und finanzwissenschaftliche Diskussion im Bereich »Abgaben«. Die Lektüre der angenehm kurz gehaltenen und auf das Wesentliche konzentrierenden Beiträge erlaubt es, sich einen umfassenden Überblick über die derzeitige Diskussionlandschaft zu verschaffen.

Beitrag zur umweltökonomischen Zielfindung

Sehr zu empfehlen ist gleich der erste Artikel von Ulrich van Suntum. Er nimmt ein Thema

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.